

# bis einer heult

Zeitung des Kieler  
AntiKriegs-Bündnisses

• die neue  
EU-Militärdoktrin

• KSK in  
Afghanistan

[www.antikriegsbuendnis-kiel.de](http://www.antikriegsbuendnis-kiel.de)



## Der Krieg gegen den Irak eskaliert von Neuem

Die in Siegerpose von Präsident Bush auf einem heimkehrenden Flugzeugträger verkündete Beendigung der Kampfhandlungen im Irak wird selbst von den Kriegsbeifürwortern in den US-Medien inzwischen als peinlich empfunden. Peinlich, weil immer mehr US-Soldaten und Angehörige der Hilfstrouppen aus der »Koalition der Willigen« solchen Kampfhandlungen zum Opfer fallen. Peinlich auch, weil die Bevölkerung jetzt nicht auf neujährliche Friedensgefühle eingestimmt werden kann, wie etwa: Mit Feuer und Schwert haben wir das Monster unschädlich und die Welt friedlicher gemacht... Im Gegenteil, die Bevölkerung soll auf eine schärfere Gangart im Krieg gegen den Widerstand der Iraker vorbereitet werden. Die Besatzungstruppen können sich im Lande nicht mehr frei bewegen, selbst in ihren Festungen sind sie vor Überfällen nicht sicher. Die Installation einer besatzungstreuen Verwaltung des Landes kommt nicht voran, die Ausbeutung der Ölvorräte kommt immer wieder ins Stocken.

Wie eine solche schärfere Gangart zur Niederschlagung des Widerstandes aussehen kann, wird in der US-Presse schon diskutiert. So wird an die Operation Phoenix im Vietnamkrieg erinnert, während der ganze Dörfer, die angeblich den Vietcong unterstützten, ausradiert wurden. So wird auch das historische Beispiel der Britischen Besatzung des Irak zitiert, die mit Strafexpeditionen und Giftgasangriffen den Irakischen Widerstand bekämpft hatten. Einen Vorgeschmack dieser härteren Gangart haben wir schon kennengelernt: Bombardierung von Häusern in Bagdad und Falludja, Panzerangriff in Samarra

nach dem Motto: schießt ein Guerillero vom Dach, so wird das Haus unter ihm weggeputzt. Wir müssen damit rechnen, dass bald ganze Stadtteile von solch widerspenstigen Städten wie Falludja dem Erdboden gleich gemacht werden.

Doch durch dieses Vorgehen der Besatzungstruppen wird der Widerstand weiter zunehmen.

Dabei ist es schwierig, von dem Widerstand zu sprechen. Er ist sehr heterogen. Sicherlich wird ein Teil des Widerstandes von Saddam-Anhängern getragen. Dies wird sich kaum durch die kürzliche Ergreifung von Saddam Hussein ändern. Ausländische Terrorkommandos können nicht ausgeschlossen werden, ihre angebliche Bedeutung ist aber eher ein Produkt der Besatzungspropaganda. Der schiitische Widerstand richtet sich gegen Übergriffe der Besatzungstruppen und schafft Freiräume zum Aufbau eigener Milizen und politischen Strukturen, ist dabei jedoch auch nicht einheitlich, sondern folgt unterschiedlichen religiösen Führern. Ein großer Teil des Widerstandes hat aber keine dieser Wurzeln, wird von unterschiedlichen politischen Parteien getragen oder kommt direkt aus der Bevölkerung. Er drückt sich aus in militärischen Aktionen, über die zum Teil in unseren Medien berichtet wird, in noch viel größerem Maße aber in Aktionen des zivilen Ungehorsams, Demonstrationen, Streiks usw..

Erfolgreich wird der Kampf gegen die imperialistische Besatzung des Irak sein, wenn es gelingt der breiten Bevölkerungsmehrheit eine gemeinsame politische Perspektive in einem befreiten Irak zu bieten. Eine Perspektive, die die unter-

schiedlichen ethnischen und religiösen Zugehörigkeiten berücksichtigt und deren Widersprüche überwindet und in der die unterschiedliche Interessen in einem demokratischen Prozess ihren Ausdruck finden.

Nur dann werden Versuche, die unterschiedlichen Gruppen gegeneinander auszuspielen oder den Irak zu zerschlagen und in leichter handhabbare Kleinstaaten aufzuteilen, misslingen.

Auch wenn die Informationen über die Organisation des Widerstandes im Irak sehr unsicher sind, so ist doch bekannt, dass Gespräche zur Vereinheitlichung des politischen und militärischen Kampfes stattfinden.

Anders als in Afghanistan, das noch weitgehend feudale Gesellschaftsstrukturen aufweist und nur in den Städten eine dünne Schicht von Intellektuellen und Händlern vorhanden ist, hat der Irak ein zahlenmäßig beachtliches Industrieproletariat, eine breite Schicht von gut ausgebildeten Intellektuellen und in einem säkularen Staat aufgewachsene, mit weitgehenden Rechten der Frauen. Mehrere politische Parteien und Gruppierungen befinden sich in Gesprächen über gemeinsame Grundlagen. Die Basis für einen demokratischen gesellschaftlichen Prozess ist also vorhanden, der gemeinsame Widerstand könnte ihn befördern.



### Hallo KielerInnen und Kieler,

*hier ist sie nun, die erste Ausgabe der »Kieler Anti-Kriegs-Zeitung«, mit der wir über einige Aspekte und Geschehnisse rund um den mit heftiger Geschwindigkeit voranschreitenden Militarismus informieren wollen. In unregelmäßigen Abständen sollen zukünftig Stellungnahmen zu den weltweiten zerstörerischen Angriffen der meist westlichen imperialistischen Staaten und den dahinterstehenden Interessen erfolgen. Dabei wollen wir besonders auch aktuelle lokale bzw. bundesdeutsche militärische Entwicklungen aufgreifen und kritisch hinterfragen bzw. angreifen.*

*Diese Zeitung richtet sich an Menschen, die den alltäglichen Rüstungswahn und die ausbeuterischen Kriege in aller Welt nicht hinnehmen wollen oder/ und offen für kritische Einschätzungen zu diesen offenkundig beängstigenden militärischen Entwicklungen sind. In dieser Ausgabe wollen wir den immer noch andauernden Kriege im Irak und Afghanistan thematisieren. Außerdem gibt es einen Kommentar zur Abschottungspolitik Deutschlands in Bezug auf die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen.*

*Wir hoffen auf reges Interesse!*

## Neue EU-Militärdoktrin sieht Präventivkrieg vor!

Die Proteste von EU-Regierungsvertretern, Sozialdemokraten und Grünen gegen die von den USA im Krieg gegen den Irak praktizierte Militärdoktrin des Präventivkrieges haben sich endgültig als hohle Phrasen bewiesen. Auf ihrem letzten Treffen haben die EU-Außenminister eine eigene gemeinsame EU-Militärdoktrin beschlossen, die präventives militärisches Eingreifen in nicht EU-Ländern vorsieht. Als Feigenblatt ihrer aggressiven Interventionspolitik sind darin einige vorgeschaltete diplomatische Einflussmöglichkeiten auf-



gezählt. Um den Anschein der Beliebigkeit der Maßnahmen zu vertuschen, definiert die EU als Bedrohung ihrer Sicherheit den Terrorismus, regionale Konflikte wie im Nahen Osten, den Zerfall von Staaten durch Korruption und Machtmissbrauch sowie das organisierte Verbrechen. »Kommen diese unterschiedlichen Elemente zusammen, dann könnten wir mit einer wirklich radikalen Bedrohung konfrontiert sein«<sup>1</sup>. So muss Korruption in einem Land herrschen und die Sicherheitslage muss chaotisch sein. In welches EU-Land dürfte denn nach der ersten Bedingung nicht einmarschiert werden? Zu Zeiten der Milzbrand-Hysterie wäre der zweite Tatbestand auch erfüllt gewesen...» Die EU müsse ihre Ziele aktiver verfolgen« und

eine »strategische Kultur« schaffen, »die eine frühzeitige, schnelle und, falls erforderlich, robuste Intervention fördert.«<sup>2</sup> Auf gut europäisch bedeutet diese Kultur, adressiert an Länder der dritten Welt, nichts Anderes als: »wenn ihr nicht kuscht und eure Politik nicht nach unseren Interessen ausrichtet, schicken wir Kanonenboote, Bomber und Eingreiftruppen« an die Adresse des »Neuen Europas«<sup>3</sup> bedeutet dies: keine Extratouren und Zusammenarbeit mit den USA! Mit dieser Doktrin, die in den Verteidigungspolitischen Richtlinien und dem Entwurf für die (im Moment nicht verabschiedete) Europäische Verfassung schon angedeutet wurden<sup>2</sup>, ziehen die EU-Imperialisten militärisch mit ihren US-Konkurrenten gleich. Woran es noch hapert, sind eine einheitliche Kommandostruktur der EU-Eingreiftruppen und moderne, den Erfordernissen einer Interventionsarmee entsprechende Waffen- und Informationssysteme. Der erste Versuch, eine NATO-unabhängige Kommandozentrale einzurichten ist nach vehementen Protesten der US-Regierung halbherzig zurückgenommen worden. Waffensysteme wie Tankflugzeuge, Militärflugtransporter, Gruppenversorger usw. existieren bereits oder sind in Auftrag gegeben. Das Satellitenortungssystem Galileo ist – wiederum mit begleitenden Protesten und Bedingungen seitens der US-Regierung – im Bau, die Vernetzung der Kommunikationswege wird vordringlich ausgebaut. Diese Waffensysteme werden nicht zur Abschreckung gebaut. Sie sollen – und zwar möglichst schnell – eingesetzt werden. Bei der Interessenwahrung in den Ländern des EU-Hinterhofes, am Kaspischen Meer, Naher Osten, Afrika. In zukünftigen Stellvertreterkriegen werden sich die Imperialisten immer häufiger gegenüber stehen!

1) zitiert nach KN 10.12.03

2) EU-Streitkräfte sollen zu »Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen« (Artikel III-210) eingesetzt werden können. Weiter heißt es: »Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet«. (Artikel III-210).

Mehrfach wird in der EU-Verfassung betont, dass die alleinige Entscheidungsgewalt über die EU-Militärpolitik beim EU-Ministerrat liegt: »Über militärische Einsätze der EU entscheidet der Ministerrat«, so regelt das Artikel 40 Absatz 4 des EU-Verfassungsentwurfs. Ähnlich noch einmal in Artikel 198 Absatz 1: »Verlangt eine internationale Situation ein operatives Vorgehen der Union, so erlässt der Ministerrat die erforderlichen Europäischen Beschlüsse.«

zitiert nach imi-online.de vom 11.11.03.

3) Donald Rumsfeld, Kriegsminister der USA

## Der Krieg gegen den Irak eskaliert von Neuem

Die in Siegerpose von Präsident Bush auf einem heimkehrenden Flugzeugträger verkündete Beendigung der Kampfhandlungen im Irak wird selbst von den Kriegsbefürwortern in den US-Medien inzwischen als peinlich empfunden. Peinlich, weil immer mehr US-Soldaten und Angehörige der Hilfstuppen aus der »Koalition der Willigen« solchen Kampfhandlungen zum Opfer fallen. Peinlich auch, weil die Bevölkerung jetzt nicht auf neujährliche Friedensgefühle eingestimmt werden kann, wie etwa: Mit Feuer und Schwert haben wir das Monster unschädlich und die Welt friedlicher gemacht... Im Gegenteil, die Bevölkerung soll auf eine schärfere Gangart im Krieg gegen den Widerstand der Iraker vorbereitet werden. Die Besatzungstruppen können sich im Lande nicht mehr frei bewegen, selbst in ihren Festungen sind sie vor Überfällen nicht sicher. Die Installation einer besatzungstreuen Verwaltung des Landes kommt nicht voran, die Ausbeutung der Ölvorräte kommt immer wieder ins Stocken.

Wie eine solche schärfere Gangart zur Niederschlagung des Widerstandes aussehen kann, wird in der US-Presse schon diskutiert. So wird an die Operation Phönix im Vietnamkrieg erinnert, während der ganze Dörfer, die angeblich den Vietcong unterstützten, ausgeradiert wurden. So wird auch das historische Beispiel der Britischen Besatzung des Irak zitiert, die mit Strafexpeditionen und Giftgasangriffen den Irakischen Widerstand bekämpft hatten. Einen Vorgeschmack dieser härteren Gangart haben wir schon kennengelernt: Bombardierung von Häusern in Bagdad und Falludja, Panzerangriff in Samarra nach dem Motto: schießt ein Guerillero vom Dach, so wird das Haus unter ihm weggeputzt. Wir müssen damit rechnen, dass bald ganze Stadtteile von solch widerspenstigen Städten wie Falludja dem Erdboden gleich gemacht werden.

Doch durch dieses Vorgehen der Besatzungstruppen wird der Widerstand weiter zunehmen.

Dabei ist es schwierig, von dem Widerstand zu sprechen. Er ist sehr heterogen. Sicherlich wird ein Teil des Widerstandes von Saddam-Anhängern getragen. Dies wird sich kaum durch die kürzliche Ergreifung von Saddam Hussein ändern. Ausländische Terrorkommandos können nicht ausgeschlossen werden, ihre

angebliche Bedeutung ist aber eher ein Produkt der Besatzungspropaganda. Der schiitische Widerstand richtet sich gegen Übergriffe der Besatzungstruppen und schafft Freiräume zum Aufbau eigener Milizen und politischen Strukturen, ist dabei jedoch auch nicht einheitlich, sondern folgt unterschiedlichen religiösen Führern. Ein großer Teil des Widerstandes hat aber keine dieser Wurzeln, wird von unterschiedlichen politischen Parteien getragen oder kommt direkt aus der Bevölkerung. Er drückt sich aus in militärischen Aktionen, über die zum Teil in unseren Medien berichtet wird, in noch viel größerem Maße aber in Aktionen des zivilen Ungehorsams, Demonstrationen, Streiks usw..

Erfolgreich wird der Kampf gegen die imperialistische Besatzung des Irak sein, wenn es gelingt der breiten Bevölkerungsmehrheit eine gemeinsame politische Perspektive in einem befreiten Irak zu bieten. Eine Perspektive, die die unterschiedlichen ethnischen und religiösen Zugehörigkeiten berücksichtigt und deren Widersprüche überwindet und in der die unterschiedliche Interessen in einem demokratischen Prozess ihren Ausdruck finden.

Nur dann werden Versuche, die unterschiedlichen Gruppen gegeneinander auszuspielen oder den Irak zu zerschlagen und in leichter handhabbare Kleinstaaten aufzuteilen, misslingen. Auch wenn die Informationen über die Organisation des Widerstandes im Irak sehr unsicher sind, so ist doch bekannt, dass Gespräche zur Vereinheitlichung des politischen und militärischen Kampfes stattfinden.

Anders als in Afghanistan, das noch weitgehend feudale Gesellschaftsstrukturen aufweist und nur in den Städten eine dünne Schicht von Intellektuellen und Händlern vorhanden ist, hat der Irak ein zahlenmäßig beachtliches Industrie proletariat, eine breite Schicht von gut ausgebildeten Intellektuellen und in einem säkularen Staat aufgewachsene, mit weitgehenden Rechten der Frauen. Mehrere politische Parteien und Gruppierungen befinden sich in Gesprächen über gemeinsame Grundlagen. Die Basis für einen demokratischen gesellschaftlichen Prozess ist also vorhanden, der gemeinsame Widerstand könnte ihn befördern.



Kommentar:

## Krieg zur Bekämpfung von Fluchtursachen?

Schon während des Krieges in Afghanistan wurde nicht mehr über Asylanträge von afghanischen Flüchtlingen entschieden, sie hätten in dieser Situation ja erfolgreich sein können. Kaum hatte der Irak-Krieg begonnen, erließ Otto Schily einen Entscheidungsstopp für Asylanträge von irakischen Flüchtlingen. Jetzt, wo angeblich infolge der Angriffskriege wieder »Recht und Ordnung« herrscht, hagelt es negative Entscheidungen in Vorbereitung möglichst bald durchzuführender Abschiebungen in beide Länder. Nach Kongo wird schon abgeschoben, auch aus Schleswig-Holstein. Wenn es darum geht, Militär ins Ausland zu schicken, kann die Lage allerdings gar nicht dramatisch genug sein. »Im Ostkongo tobt die Gewalt seit Jahren. Milizen, Rebellen und Armeen lieferten sich heftige Kämpfe, denen nach Schätzungen rund drei Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind«, solche Erkenntnisse konnte man plötzlich sogar im Hamburger Abendblatt (13. 11. 03) lesen. Abschiebungen in eben dieses Land verhindern das nicht.

Propagiert wird Krieg zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Mit Kriegen werden aber nicht Fluchtursachen bekämpft, sondern sie führen zu neuen Fluchtbewegungen. Die Lage in den betreffenden Ländern hat sich nicht stabilisiert, sondern Gewalt, Kriegshandlungen, Instabilität und Vertreibungen nehmen wieder zu. Die deutsche Flüchtlingspolitik bleibt davon unberührt.

Auf EU-Ebene entwickelt sich darüber hinaus ein Trend zur Militarisierung der Flüchtlingshilfe. Ein Entwurf von Tony Blair, wonach Flüchtlinge in Zukunft in der Nähe ihrer Herkunftsländer in militärisch geschützten Lagern versorgt werden und von dort ihren Antrag auf Asyl in Europa stellen sollen, wurde zunächst abgeschmettert. Doch selbst der UNHCR diskutiert unter dem herrschenden Druck die Regionalisierung der Flüchtlingspolitik, wie sie auch schon im Kosovo erprobt wurde. »Humanitäre« Militäreinsätze zum Flüchtlingschutz wären dann der Regelfall.

## GSG 9 im Irak – nur zum Fußballspielen?

Nein, die Bundesregierung hat nicht vor Truppen in den Irak zu senden! So lauten die offiziellen Beteuerungen. Es sind nur vier Angehörige des Technischen Hilfswerkes vor Ort, um Wasserleitungen zu reparieren. Na ja, für den persönlichen Schutz der Ingenieure sind auch noch ein paar Beamte der GSG 9 im Irak, wird dann zugegeben. Ein paar Offiziere der Bundeswehr sind auch in Bagdad – aber nur um die Lage zu erkunden. Wahrscheinlich über die Stärke der gegnerischen Fußballmannschaft (zusammengestellt aus irakischen Trainern), die vor Kurzem gegen eine Mannschaft der GSG 9 antrat. Das müssen also mindestens elf Spieler gewesen sein, und auf der Reservebank werden auch noch einige gesessen haben.

Die Bundesregierung glaubt doch nicht im Ernst, das wir ihr abnehmen, sie würde diesen Aufwand für die mickrige »humanitäre Aufbauhilfe« durch vier THWler treiben. Geht es ihr nicht vielmehr darum, für den Fall des Falles schon das Vorkommando vor Ort zu

haben? Schließlich geht es um deutsche Wirtschaftsinteressen. Wenn die US-Truppen – wie abzusehen – weiter in die Bedroulie geraten, ist die US-Regierung vielleicht doch bereit, ein Stück vom Irakkuchen abzugeben. Selbst eine Zerstückelung des Staates Irak in Kleinstaaten mit unterschiedlichen »Ordnungsmächten« ist nicht mehr undenkbar. So oder so ist es von Vorteil, schon mal die Quartiermeister für deutsche Truppen im Lande zu haben.

Auf jeden Fall ist es richtig, sich auf ein militärisches Engagement der SPDGrünenCDUFD-Regierung im Irak vorzubereiten. Schließlich gilt es, dieses zu verhindern!

**Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern** (Euro-Verfassung Artikel 1-40 Absatz 3)

**Aufrüstung als Verfassungsziel**

Kommentar

## WER GEGEN WEN?

»Die Besetzung des Irak durch die Amerikaner ist ein Schritt zu ihrer alleinigen Welt-herrschaft.« »Die Europäer versuchen durch den Aufbau NATO-unabhängiger Eingreiftruppen eigene wirtschaftliche Interessen militärisch durchzusetzen.« »Die Iraner wollen das Modell des Gottesstaates in den ganzen Nahen Osten exportieren.«

So oder so ähnlich lauten viele Argumente in der Debatte um den Krieg gegen den Irak. Folgt man diesen Argumenten, so muss man gegen oder für die Amerikaner, die Deutschen, die Iraker, Iraner, Palästinenser, Israelis, Franzosen usw. Stellung beziehen. Heraus kommen dann unsinnige antiamerikanische, antideutsche anti-s.o. Parolen. Parolen, die verleugnen, dass alle diese Gesellschaften von unterschiedlichen Klassen gebildet werden. Die Werftarbeiter in Boston haben mit dem Kieler Werftarbeiter mehr gemeinsame Interessen als mit

den Aktionären der Werften. Die Arbeiter (am Schraubstock genauso wie am Computer) bei DaimlerChrysler oder bei Caterpillar sowohl in Deutschland als auch den USA müssen sich gegen Lohnabbau, Sozialdumping und Einschränkung ihrer demokratischen Rechte wehren. Die Kriegskosten und die weitere Aufrüstung der US-Armee sollen genau wie die ehrgeizigen Aufrüstungspläne der EU-Staaten durch Kostensenkungen im Sozial- Bildungs- und Gesundheitswesen finanziert werden.

In den USA, Europa, ja der ganzen Welt gibt es eine starke Bewegung gegen den Krieg und die Besetzung des Iraks, ja gegen eine Welt der Kriege. Dieser Kampf kann nur zum Erfolg führen, wenn er solidarisch geführt wird, gegen Nationalismus und Chauvinismus<sup>1</sup>. Der Krieg gegen den Irak ist ein imperialistischer Krieg um die Verfügung über die Ölvorkommen und strategische Positionen

im Nahen Osten. Die Ablehnung des Krieges durch die französische und deutsche Regierung ist Ausdruck ihrer eigenen imperialistischen<sup>2</sup> Interessen. Wir Kriegsgegner und Kriegsgegnerinnen machen uns weder die einen noch die anderen zu Eigen. Wir haben andere Interessen. Wir wollen eine friedliche Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung. In Deutschland, Europa, den USA usw. (s.o.). Mit dem Imperialismus<sup>2</sup> wird das nicht gehen.

- 1) übersteigter und blinder Patriotismus, der den Nationalismus bis zur Missachtung fremder Rechte steigert (Brockhaus).
- ...Als extremer reaktionärer bürgerlicher Nationalismus vertritt der Chauvinismus der Form nach die Höherwertigkeit der einen oder anderen Nation gegenüber anderen Nationen, seinem Inhalt nach ist er jedoch Verherrlichung der Macht der jeweiligen imperialistischen Bourgeoisie eines Landes über die eigene und über fremde Nationen... (Marxistisch-Leninistisches Wörterbuch der Philosophie).
- 2) die Ausbreitung des Machtbereichs eines Staates auf benachbarte oder fernlie-

gende Gebiete durch Eroberung, Besitzergreifung, Schaffung von Einflussphären usw.; dabei ist das Machtstreben vielfach mit Sendungsbewusstsein verbunden. (Brockhaus).

...bildete sich als höchstes Stadium des Kapitalismus um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert heraus. In Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus kennzeichnete Lenin den Imperialismus durch folgende Merkmale: 1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, dass sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung der Finanzoligarchie auf der Basis des Finanzkapitals; 3. der Kapitalexport gewinnt besondere Bedeutung; 4. internationale monopolistische Kapitalistenverbände bilden sich, die die Welt unter sich teilen; 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet; sie kämpfen um die Neuaufteilung der Welt... (Marxistisch-Leninistisches Wörterbuch der Philosophie).

# Afghanistan

## mit Angriffskriegen für die Menschenrechte

Am 16. Nov. 2001 beschloss der deutsche Bundestag den faktischen Eintritt in den Afghanistan Krieg. Wir meinen es ist Zeit für ein Resümee. Zum Beginn dieser militärischen Aktion standen die ungeteilte Solidarität mit der USA und der angebliche Kampf für die Menschenrechte und gegen den internationalen Terrorismus. Ähnlich wie beim Krieg gegen Jugoslawien wurden uns

den uns von der rot/grünen Bundesregierung im Vorfeld des Kriegseinsatzes edle Kriegsgründe genannt. Von der Befreiung der Frau

nig Unterstützung sie in der Bevölkerung und den Provinzfürsten hat. Die gesamte Situation im Land kann getrost als eine Katastrophe bezeichnet werden. In den Provinzen herrschen die sog. Warlords. Diese werden von den Besatzertruppen anerkannt und gelten teilweise als Verbündete. In diesen Provinzen wurden die unmenschlichen Gesetze der Taliban Herrschaft durch reine Willkür ersetzt. Erpressungen, Zwangsrekrutierungen, Plünderungen und Verschleppungen von Frauen sind dort keine Ausnahme, sondern die Regel, es herrscht das Gesetz der Waffe. Die Situation der Frauen hat sich überhaupt nicht verbessert, die meisten Mädchenschulen wurden wieder geschlossen, Zwangsheiraten gehören zum Alltag, die Frauen, die es wagen ohne Burka auf die Straße zu gehen, werden beschimpft und müssen um ihr Leben fürchten. Nur 12% der Frauen haben einen Zugang zur ärztlichen Versorgung.

Selbst in Kabul, das allgemein als »gesichert« gilt, werden laut Aussage eines Bundeswehr-Generals bis zu 50 Menschen pro Nacht umgebracht. Das sind die »Erfolge« eines zwei jährigen Krieges mit deutscher Beteiligung, in dem Zehntausende Menschen den Flächenbombardierungen zum Opfer gefallen sind, in dem mal eben neun Kinder getötet werden, weil man einen angeblichen Talibanenkämpfer eliminieren will und in dem jeden Tag Menschen durch die »Blindgänger« sterben, die von den verbotenen Streubomben der Alliierten liegen geblieben sind.

Als Fazit hat die Direktorin der Diakonie-Katastrophenhilfe, Cornelia Füllkrug-Weitzel, am 30. Juli zusammengefasst: »Die Entwicklung (...) in Afghanistan hat gezeigt, dass es sich bei der Annahme, humanitäre Katastrophen ließen sich durch einen Angriffskrieg bewältigen, um einen Irrtum handelt. Afghanistan ist von geordneten Verhältnissen weit entfernt.« Dieses war einer Anti-Kriegsbewegung schon immer klar.

**Adul Hamed Karsai** (Präsident Afghanistan), vorher Großgrundbesitzer, und Modjahed, der in den letzten Jahren des Bürgerkrieges gute Kontakte zur CAI pflegte, der durch US-Dollar, die in dieser Zeit großzügig an die an die Modjahedin flossen, noch reicher wurde, hatte in den letzten Jahren einen Großhandel in Dubai und Peschawar und ist Besitzer einer Restaurant-Kette in der US, zeitweise Berater der US Ölfirma Unocal Corporation im Zusammenhang mit der mittelasiatischen Rohstoff-Pipeline durch Afghanistan.

war die Rede, von Demokratisierung, von Einführung eines Rechtssystem, von der Zerschlagung der alten Machtstrukturen, alles, was diesen Krieg begründen konnte wurde angeführt. Wenn wir uns die Lage in Afghanistan heute anschauen, muss festgestellt werden, dass von den großen Zielen nichts erreicht wurde. Einzig die Einsetzung der Marionettenregierung Karsais (s. Kasten) kann als strategischer Erfolg verbucht werden. Daß diese Regierung von 4600 ISAF Soldaten im alten kolonialen Stil geschützt werden muss zeigt wie isoliert sie ist und wie we-

# Geheime Kommandosache

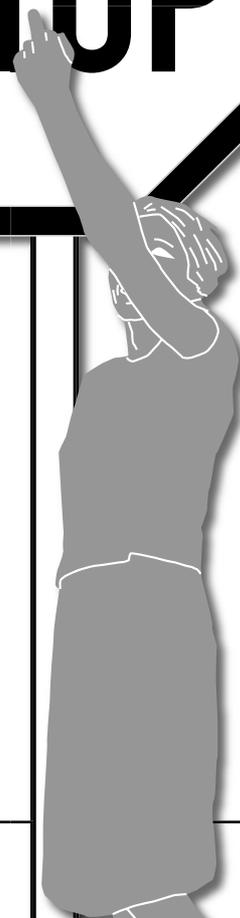
## der KSK Einsatz in Afghanistan

Das KSK (Kommando Spezialkräfte) war die deutsche Einheit die laut Ex-Militärminister Scharping in Afghanistan Krieg an »Kampfhandlungen in vorderer Linie teilgenommen hat«. Ihr Einsatzbefehl lautete: »Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen auszuschalten, Terroristen zu bekämpfen, gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen, sowie Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten« (Bundesministerium der Verteidigung). Wie diese vagen Ziel durchgeführt wurden und werden, darüber schweigt sich die rot/grüne Regierung aus. Mit dem Vermerk, das »jede Information der Soldaten gefährden könnte«, wird alles als streng geheim eingestuft. Selbst über Einsätze, die bereits Jahre zurück liegen, soll die Öffentlichkeit nicht informiert werden. Das heißt im Klartext: die KSK agiert als geheime Armee, ohne jede gesellschaftliche Kontrolle in aller Welt. Ein Zustand, der nicht hinnehmbar ist.

Dieses wird deutlich, wenn wir uns den Kriegseinsatz in Afghanistan genauer anschauen und die spärlichen Aussagen von Politikern über den Einsatz zusammensetzen. In der Zielvorgabe war die »Gefangennahme von sog. Terroristen« (wer oder was das ist, wird in dem Befehl anscheinend nicht definiert, KSK-Soldat erkennt Terroristen, wenn er sie sieht, genau wie die Amerikanische Freunde). Das Problem für KSK-Soldaten wäre dann aber, dass diese Gefangenen nicht an die US-Truppen ausliefern werden dürfen, da diesen Gefangenen in den USA die Todesstrafe droht. Also müssten eigene Gefangenenlager in Afghanistan entstehen und die Gefangenen nach Deutschland oder Den Haag geschafft werden, zwecks Prozess. In den zwei Jahren des KSK Einsatzes ist aber bis heute eine solche Auslieferung nicht bekannt geworden. Die Bundesregierung scheint das rechtliche Problem ebenfalls erkannt zu haben, aber ihre Entscheidung ist nicht Abzug der KSK, sondern eine andere. In einem Interview im Jahr 2003 sagte Gernot Erler (SPD, MdB, stellvertretender Fraktionsvorsitzende, verantwortlich u.a. für die Sicherheitspolitik) »daß die deutschen KSK-Einheiten keine Festnahme vorgenommen haben. Also: in der ganzen Zeit von »Enduring Freedom« gibt es keine Festnahme, und es ist auch nicht vorgesehen, dass es in Zukunft zu solchen Aktionen kommt.« Was

heißt das, wenn die KSK keine Gefangenen machen sollen, aber Terroristen bekämpft werden? Was heißt das, wenn man weiß, dass die US-Regierung mit der Arbeit der KSK sehr zufrieden ist, wenn sich Scharping damit brüstet, dass seine Jungs da unten sehr »gute Arbeit« machen? Das heißt genau das was Herr Erler sagt: »ES WERDEN KEINE GEFANGENE GEMACHT!«, und das darüber rot/grün die Öffentlichkeit lieber nicht informiert liegt auf der Hand.

Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe die geheimen Machenschaften der Bundesregierung und der KSK aufzuklären. Dieses ist schwierig, da es ein selbstaufgelegtes Schweigegeplöbe der Medienlandschaft gibt. Eine solche Geheimarmee gehört sofort aufgelöst. Aber die Zukunft sieht anders auf. In Planung ist diese Geheimarmee von derzeit 1000 Mann zu verstärken. So sollen alle Spezialkräfte (u.a. Fallschirmjäger, Kampftaucher) in die KSK eingegliedert und der öffentlichen gesellschaftlichen Kontrolle entzogen werden. **Dieses muss verhindert werden!**





# Uranmunition 14

## die zynische Logik der Militärs

Um im Sinne der zynischen Logik der Militärs und Waffenhersteller die »Effizienz« von Munition, Granaten, Cruise Missiles, Bomben usw. zu steigern, ist ein möglichst hohes spezifisches Gewicht von entscheidender Bedeutung. Auf diese Weise werden Reichweite, Zielgenauigkeit und Durchschlagskraft deutlich und oft kampfscheidend erhöht. Da das Metall Wolfram sehr teuer ist, kommt Uran 238, auch DU- oder Uranmunition genannt, seit ca. 15 Jahren in zunehmendem Maße zur Anwendung, ein Abfallprodukt aus der Nuklearindustrie, das beim Anreicherungsprozess für den Atomreaktorbrennstoff anfällt.

Der Einsatz dieser Munition in Kriegsgebieten und auch auf Truppenübungsplätzen hat verheerende Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung und der Soldaten und führt zur kaum umkehrbaren Kontamination und Verseuchung weiter Landstriche, wie im ehemaligen Jugoslawien (Bosnien, Kosovo und Serbien), Irak und Afghanistan.

In der offiziellen Propaganda wird DU-Munition in krimineller Weise als Niedrigstrahler immer wieder verharmlosend dargestellt. Tatsache ist: Beim Auftreffen der Munition auf das Ziel verdampft das Uran und fällt danach als feine Staubpartikel aus. Wenn es auf die Haut oder durch Einatmen der Staubpartikel oder über die Nahrungsaufnahme in den Körper gelangt, entfaltet es über die Alpha-Strahlung wegen der geringen Distanz zu den Körperzellen seine desaströse hochtoxische und radioaktive Wirkung.

Die toxische Wirkung führt als Schwermetallvergiftung zur Schädigung von Nieren und Leber, bis zum tödlichen Funktionsausfall. Die Chronische Uranvergiftung dagegen löst einen Defekt der körperlichen Abwehr (Immundefekt) und Krebserkrankungen, insbesondere Leukämien aus. Folgen des Immundefekts sind schwerste Verläufe von Masern und Kinderlähmung, Salmonellen- und Wurmerkrankungen, Herpes- und Zoosterbildungen. Beim Hautkontakt kommt es zu schlecht heilenden Wunden mit schmerzlosen (da Sinnes- und Nervenzellen zerstört werden) Geschwürbildungen.

Die genetische Schädigungswirkung des Urans führt zu einer Häufung von Fehlgeburten, Totgeburten und Geburten lebensunfähiger Kinder. Bei Kindern urankontaminierter Eltern traten folgende angeborene Miss- und Fehlbildungen überdurchschnittlich häufig auf: Hydrozephalus (Wasserkopf) mit Hirnnervenstörung

und Deblität, Phokomelie (ausgeprägte Missbildung der Extremitäten ähnlich der Wirkung von Contergan), Lippen- Kiefer-Gaumenspalte sowie Spaltbildung der Wirbelsäule.

Die Zahl der durch Uranmunition bisher geschädigten Zivilisten und Soldaten liegt im Bereich von Hunderttausenden. Man geht davon aus, dass im ehemaligen Jugoslawien ca. 30 Tonnen, im zweiten Golfkrieg (1991) 320 und im Afghanistan- und dritten Golfkrieg (Irak) bisher jeweils über 1000 Tonnen eingesetzt wurden.

In den bisherigen Einsatzgebieten der Uranmunition sowie auf vielen Truppenübungsplätzen ist der Zusammenhang zwischen Einsatz und Folgeschäden derart evident, erdrückend und spezifisch, dass nicht davon gesprochen werden kann, es gäbe keinen sicheren Nachweis für einen kausalen Zusammenhang. Diese manipulative Argumentation wird immer wieder von offizieller Seite vorgebracht, die versucht, Informationen über das Verbrechen des DU-Einsatzes zu unterdrücken. In einem Interview in der Jungen Welt (24.10.2003) mit Mohammed Daud Miraki, Direktor des »Afghan DU and Recovery Fund« ([afghandufund.org](http://afghandufund.org)) antwortet dieser zur momentane Situation in Afghanistan:

»Hunderte Taliban-Kämpfer, die die Angriffe auf ihre Stellungen überlebt hatten, kamen in ihre Dörfer zurück, einzig um dort zu sterben. Sie erbrachen plötzlich Blut und hatten Blut im Stuhl. Ihr Immunsystem brach zusammen, und ihre Nierentätigkeit setzte aus.«

»Bei Feldstudien an verschiedenen Orten in Afghanistan haben wir zudem Missbildungen bei Neugeborenen festgestellt, wie wir sie aus dem Südirak nach 1991 kennen: Neugeborene mit Tumoren anstelle der Augen, Neugeborene ohne Haut, mit zwei Köpfen oder anderen Fehlbildungen... Die Bevölkerung in diesen Gebieten weist Krankheitsbilder auf, die es vor den US-Bombardierungen nicht gab.«

»Praktisch das gesamte Land ist mit Urastaub verschmutzt(...) Es geht eben nicht nur um einen Ort oder eine Region. Und das macht es zu einem so enormen Desaster. Afghanistan ist praktisch ein unbewohnbares Land geworden. Die dort lebenden Menschen haben ihr Todesurteil unterzeichnet. Die Halbwertszeit von angereichertem Uran liegt bei 4,5 Milliarden Jahren.«

Die Tatsache, dass Uranmunition in unseren Medien so wenig Beachtung findet,

dass es zu diesem Thema ein »Kartell des Schweigens und der Verharmlosung« gibt, ist als Teil einer konzertierten Kriegsfolgenverschleierung zu werten – mit dem Ziel, Widerstand gegen zunehmende Auslandseinsätze der Bundeswehr und Kriegsunterstützung durch die BRD-Regierung nicht aufkommen zu lassen. Wer sich dieser Manipulation nicht unterwerfen will, beachte folgenden Link:

( <http://www.uranwaffenkonferenz.de/zusammenfassung.htm> ) .

**Termine:**

17.01.04  
**»Meierei bleibt«**  
 Demo, Kiel  
 14.00 Uhr, Asmus Bremer Platz  
[www.altemeierei.de](http://www.altemeierei.de)

26.01.04  
**»Kieler Bündnis gegen Sozialabbau«**  
 19.00 Uhr, Treffen, DGB-Haus-Kiel

31.01.04  
**Hamburg – Demo/Aktionen gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch**  
[www.hamburg-gegen-nazis.de/vu](http://www.hamburg-gegen-nazis.de/vu)

06. - 07.02.04  
**Aktionen/Demo gegen die »NATO-Sicherheitskonferenz«**  
 München  
[www.no-nato.de](http://www.no-nato.de)

20.03.04  
**weltweiter Aktionstag gegen Krieg**

02/03.04.04  
**europaweiter Aktionstag gegen Sozialabbau**

09.05.04  
**europaweiter Aktionstag gegen die EU-Verfassung**

Selbst da Stellung

Wir, das Kieler Anti-Kriegs-Bündnis sind ein Zusammenschluss verschiedener politischer Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich anlässlich des Krieges gegen den Irak zusammengefunden haben, um sich gemeinsam gegen Militarismus und die dahinterstehenden Profitinteressen zu engagieren. In Ablehnung dieses sowie aller imperialistischen Kriege einte uns der Wille sich eindeutig gegen jeglichen Militarismus zu positionieren und Protest und Widerstand dagegen zu formieren. Neben der Solidarität mit fortschrittlichen Anti-Kriegs-Bewegungen weltweit wird der Hauptanknüpfungspunkt für Aktivitäten gegen Rüstungswahn und Kriegstreiberi auf der lokalen Ebene gesehen. Da auch Deutschland - sei es im Rahmen der Nato oder der neugeschaffenen EU-Eingreiftruppe – ökonomische wie machtpolitisch-strategischen Interessen wieder kriegerisch durchsetzt, gilt es, dieses vor Ort anzugreifen und die offensichtlichen Kapitalinteressen zu entlarven. So werden von uns z.B. Demos organisiert, kritische Stellungnahmen zu weltweiten Kriegsaktivitäten verfasst, gegen öffentliche Militärspektakel wie öffentliche Gelöbnisse protestiert, der Rüstungs- und Militärstandort Kiel ins Visier genommen und eine antimilitaristische Stadtrundfahrt organisiert. Gegen eine Welt der Kriege!

Wir treffen uns regelmäßig jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr in der Pumpe, Hasstrasse 22

Mehr Infos über uns bekommt Ihr auch unter:

[www.antikriegsbuendnis-kiel.de](http://www.antikriegsbuendnis-kiel.de)



**Globaler Widerstand gegen alle imperialistischen Kriege!**